



Was heißt eigentlich Nachhaltigkeit?

Von Ulrike Simon | 9.2.2021

In ihrer neuen Nachhaltigkeitsstrategie setzt die Bundesregierung auf einen konstruktiven Beitrag aller Akteure. Reicht good will, um die Wende im erforderlichen Maß und Tempo zu beflügeln?

Seit 2019 überarbeitet die Bundesregierung ihre Nachhaltigkeitsstrategie. Der Fahrplan sieht vor, dass die überarbeitete Version im Frühjahr 2021 beschlossen und veröffentlicht wird. Eine [Dialogfassung dieser Strategie](#), in der auch die Folgen von Covid-19 berücksichtigt wurden, liegt seit September 2020 vor, und alle Interessierten waren bis Oktober 2020 aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen.

Zum Hintergrund: Eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie gibt es in Deutschland bereits seit 2002. Ab 2015 wurde dann die Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals,

SDGs) zur Grundlage der Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung. Die an den Development Goals orientierte Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) wurde am 11. Januar 2017 beschlossen.

Konkret wurden für [jedes der 17 Ziele](#) Indikatoren definiert und begründet, anhand derer es möglich sein soll, die Fortschritte auf dem jeweiligen Gebiet zu messen. Außerdem enthält die Strategie Vorschläge, wie diese Fortschritte national erreicht werden können, und wie die deutsche Regierung dazu beitragen will, dass auch international die Ziele wirksam vorangebracht werden.

Es lohnt, die dem Konzept zugrundeliegenden wirtschafts-, sozial- und geopolitischen Vorstellungen genauer zu analysieren. Hier nur einige Beispiele:

Einer der Indikatoren für das Ziel 8 »Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum« ist die Höhe der Staatsverschuldung und die Begrenzung der Verschuldungsquote auf 3% des BIP. Auch wenn diese Vorgabe nicht zuletzt angesichts der notwendigen Corona-Maßnahmen relativiert wird, fragt sich, wie nachhaltig eine Strategie ist, deren Mittel an künstliche Budgetrestriktionen und nicht an tatsächlich vorhandene Ressourcen gebunden sind. Die MMT hat gezeigt, dass die fiskalischen Spielräume, zumindest in einem Land wie Deutschland, sehr viel größer sind als gedacht.

Neben den Schuldengrenzen finden sich zweitens weitere ideologische Versatzstücke in dem Papier der Bundesregierung. So will sich diese gegen »Strömungen wenden, die menschenfeindlich, nationalistisch und antidemokratisch sind.« Denn diese »Strömungen wenden sich zugleich gegen den Multilateralismus, die Zusammenarbeit von Staaten bei der Lösung von politischen, gesellschaftlichen oder technischen Problemen und leugnen die Notwendigkeit der Transformation hin zu einer nachhaltigen Welt.«

Dem setzt man ein positives Zielbild einer nachhaltigen Zukunft in Deutschland entgegen:

»Hierfür lohnt es sich zu handeln, insbesondere auch in der gegenwärtigen Krisenzeit. Ein »nachhaltiges« Deutschland muss ein fortschrittliches, innovatives, offenes und lebenswertes Land sein. Es zeichnet sich durch hohe Lebensqualität und wirksamen Umweltschutz aus. Es integriert, ist inklusiv und grenzt nicht aus, schafft Chancen für eine gleichberechtigte

Teilhabe aller Menschen in allen Bereichen und auf allen Ebenen. Es nimmt seine internationale Verantwortung wahr.«

Freilich sind die beklagten Strömungen auch die Folge der neoliberalen Wende der letzten 40-50 Jahre und nicht nur eine kulturelle Frage. Wie das positive Zielbild ohne eine [kritische Abrechnung mit und Abkehr von dieser Politik](#) erreicht werden soll, besonders da zu nachhaltigem Handeln ausdrücklich die Maxime *Leave no one behind* gehört, ist rätselhaft.

Und drittens: Was bedeutet Nachhaltigkeit eigentlich? Die 1983 gegründete Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen, bekannt als Brundlandt-Kommission, definierte das Konzept in einem Bericht von 1987 unter anderem so:

»Im Wesentlichen ist dauerhafte Entwicklung ein Wandlungsprozeß, in dem die Nutzung von Ressourcen, das Ziel von Investitionen, die Richtung technologischer Entwicklung und institutioneller Wandel miteinander harmonieren und das derzeitige und künftige Potential vergrößern, menschliche Bedürfnisse und Wünsche zu erfüllen.«

Allerdings gilt diese Forderung nach einer [ganzheitlichen](#) Verhaltensänderung politisch als nicht konsensfähig. Sie bedeutet – zu Ende gedacht – eine konsequent umgesetzte, praktische Transformation aller wichtigen gesellschaftlichen Bereiche.

Die Bundesregierung setzt an diese Stelle das Ziel einer Kultur der Nachhaltigkeit, zu der alle Akteure konstruktiv beitragen sollen:

»... [wir] streben [...] eine Gesellschaft an, in der eine Kultur der Nachhaltigkeit verankert ist – als eine Kultur, die auf die 17 SDGs ausgerichtet ist und damit auf mehr Lebensqualität, Zukunftsfähigkeit, Generationengerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt, und die die Resilienz konsequent im Blick behält; in der die notwendigen Transformationen konstruktiv, transparent und unter Einbeziehung aller relevanten Akteure gemeinschaftlich entwickelt und umgesetzt werden.«

Aber reicht das, um die Nachhaltigkeitswende im erforderlichen Maß und Tempo zu beflügeln?

Liefert die Strategie?

Der Deutsche Nachhaltigkeitsrat gab der Bundesregierung unter der Überschrift »[Die Strategie muss liefern](#)« im Jahr 2019 folgendes auf den Weg:

»Die internationale Prüfung durch eine Gruppe von hochrangigen Experten [...] weisen mit Dringlichkeit auf jene Ziele hin, die nicht erreicht werden (off track). In diesen Signalbereichen gibt es empfindliche Handlungslücken. [...] Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie muss gewährleisten, dass Ziele auch erreicht werden. [...] Nur geringfügige Modifikationen oder gar ein Weiter-so sind nicht vertretbar. Politik darf freiwilliges Handeln nicht länger auf das diametrale Gegenstück zu gesetzlicher Vorgabe reduzieren. Ein Entweder-oder ist nicht die Lösung. Vielmehr ist an die innovativen Praxisbeispiele anzuknüpfen, mit denen Initiativen in der Gesellschaft und von Unternehmen das Leitbild der Nachhaltigkeit eigenverantwortlich umsetzen. [...]«

Einer der *off-track* Bereiche ist ganz klar die Wärmewende (Ziel 7 - Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern). Hierzu haben die Autorin und ihre Mitstreiter mit dem Bau eines dörflichen Fernwärmenetzes einen Beitrag geleistet. Wir sind somit eine der erwähnten »Initiativen der Gesellschaft«. Wir wären beinahe gescheitert. Grundsätzlich stießen wir auf die folgenden Grundproblematiken:

Erstens wird ein konventionelles, betriebswirtschaftliches Wirtschaftlichkeitsmodell den Herausforderungen der Energiewende nicht gerecht. Deswegen gestaltet sich die Finanzierung vieler Projekte als schwierig. Eine Förderpolitik, die sich vornehmlich auf die Deckung von Wirtschaftlichkeitslücken der jeweiligen Einzelinitiativen bezieht, greift zu kurz. Die Probleme sind:

- Der Energiepreis: Solange der Preis für fossile Energien erfolgreich mit dem Preis für nachhaltige Energiequellen konkurrieren kann, ist kein wirklicher Fortschritt möglich; und wenn die notwendige Preisumstellung nicht sozial verträglich gehandhabt wird, auch nicht.

- Der notwendige Systemwechsel: Der Umstieg von einer brennstoff-zentrierten auf eine infrastruktur-zentrierte Energieversorgung ist die eigentliche technische Revolution und die gesellschaftliche Herausforderung der Energiewende. Diese Herausforderung ist nicht »marktkonform« auf der Basis rein privatwirtschaftlicher Initiativen zu bewältigen und erfordert unter anderem eine andere Kostenkalkulation. Dabei geht es nicht nur um die Internalisierung der externen Kosten (Umweltschäden und deren Folgen für die Menschen) sondern auch um die Berücksichtigung der Langlebigkeit der neuen Infrastruktur-Güter. Zudem ist ein über 10-15 Jahre oder länger dauernder Umstellungsprozess in Gang zu setzen; die Infrastruktur muss gebaut werden, »rechnet« sich aber erst später, wenn die Mehrheit der Menschen sie auch nutzt.
- Der erforderliche Systemverbund: Die vielen dezentral gelegenen Energiequellen, die Infrastruktur, in die die Energie eingespeist wird, und die Nutzung müssen flexibel und intelligent koordiniert werden. Keiner der beteiligten Akteure kann die Risiken allein tragen.
- Die nötige planvolle Verteilung der vorhandenen Ressourcen: Ein sinnvoller Mix aus vielen erneuerbaren Energiequellen für alle Energiebereiche – Strom, Wärme und Verkehr – muss entwickelt und mit Energiesparmaßnahmen oder ganz neuen Konzepten (Mobilität, kollektive Heizsysteme ...) verbunden werden. Weder eine Verkehrs- noch Wärmewende kann ohne Öko-Strom gelingen; deswegen sind hier zum Beispiel die in der Novelle des Erneuerbaren Energien Gesetz vorgesehenen Ziele und Ausbaukorridore viel zu kurz gegriffen, obwohl die Stromerzeugung als einer der Bereiche gesehen wird, die nicht als *off-track*

Zweitens kostet ein solcher Transformationsprozess nicht nur Geld, sondern bringt auch »Soft-Kosten« mit sich: Die Menschen müssen umdenken und bereit sein, mitzumachen. Das erfordert nicht nur geldwerte Anreize, sondern auch Überzeugungs- und Bildungsarbeit. Die Behörden müssen neue Aufgaben bewältigen und ihre Herangehensweisen und Kommunikationsformen überdenken. Neue Strukturen der regionalen Zusammenarbeit müssen geschaffen werden. All diese Faktoren sind nicht nur für die Akzeptanz, sondern auch für den wirtschaftlichen Erfolg eines Einzelprojekts entscheidend.

Eben so wenig wie die Finanzierung der notwendigen Projekte ausschließlich aus kommunalen Quellen möglich ist – auch wenn dort die Umsetzung stattfindet

–, können auch die für die »Soft-Leistungen« erforderlichen Ressourcen nicht alleine aus den Kommunen selbst geschöpft werden. Die Bereitschaft zum Mitmachen ist zwar Voraussetzung zur Durchführung bestimmter kommunaler Projekte, die dafür notwendigen Anreize zu schaffen, können einzelne »Initiativen der Gesellschaft«, das zeigt die eigene Erfahrung, aber schnell überfordern. Häufiger begegnete uns seitens der Lokalpolitik ehrliche Anerkennung der Leistung und auch der damit verbundenen Überforderung; aber es fehlte an Instrumenten, hier wirksam Abhilfe zu schaffen.

In einigen voneinander unabhängigen Beiträgen geht die Autorin auf diese Problematiken näher ein, teilweise basierend auf den Erfahrungen, die sie und ihre Mitstreiter mit ihrer Energiegenossenschaft gemacht haben.